

Eine fundamentale Liberalisierung in Osteuropa blieb aus

Der liberale Mythos von «1989» besagt, dass die nach politischer und wirtschaftlicher Freiheit dürstenden osteuropäischen Bevölkerungen den autoritären Kommunismus zu Fall brachten. Aber das Streben nach liberaler Demokratie und freier Marktwirtschaft war mehr das Resultat des Umbruchs von «1989» als dessen Ursache. Von Tobias Rupprecht

Im November wird Deutschland der friedlichen Revolution und des Mauerfalls gedenken: Ein repressives und bankrottetes politisches System fand vor genau 30 Jahren sein Ende. Die Bürger der DDR, so das gängige Bild, hatten sich die parlamentarisch-rechtsstaatliche Demokratie, individuelle Menschenrechte und die Marktwirtschaft erkämpft und korrigierten so ab 1989 den historischen Irrläufer des Staatssozialismus.

Dieses Motiv des liberaldemokratischen Aufbruchs in der DDR und die Symbolik des Mauerfalls wurden oft auch auf ganz Osteuropa bezogen, wo im gleichen Jahr ein kommunistisches Regime nach dem nächsten kollabierte.

Lech Wałęsa, Václav Havel und Michail Gorbatschow sind so auch in Deutschland zu Helden in der Erinnerungskultur der Wende geworden. Aber in den meisten osteuropäischen Ländern regieren nun Rechts- und Linkspopulisten, die ihre eigenen Narrative über das Ende des Kommunismus pflegen. Daher wird heuer in Osteuropa der Jahrestag von Staats wegen kaum begangen – stattdessen brandmarken die Machthaber eben diese Helden von 1989 als Volksverräter.

Jarosław Kaczyński, Chef der polnischen Regierungspartei PiS, und Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán präsentieren sich selber als zentrale Figuren der Transitionszeit, die damals vergeblich das wahre Volksinteresse vertreten hätten. In ihrer Sicht wurde 1989 eine Chance vertan, souveräne christlich-traditionelle Nationalstaaten zu schaffen, da sich kommunistische Eliten und liberale Dissidenten gegen das Volk verschworen.

In Polen ist bis heute die Rede von einem Netzwerk «roter Spinnen»; in Tschechien bezeichnete Ministerpräsident Andrej Babiš die Samtene Revolution als ein Komplott Moskauer und tschechischer Kommunisten, um Havel an die Macht zu bringen; in Rumänien unkte Liviu Dragnea, der Vorsitzende der regierenden Sozialdemokraten, unlängst von einem Parallelstaat der von alten Eliten, Geheimdiensten und dem Westen kontrolliert werde.

Krise der Demokratie

Der Aufstieg solch antiliberaler politischer Figuren in Osteuropa stellt viele Beobachter im Westen vor Rätsel. Beliebte sind wirtschaftliche und psychologische Erklärungsmuster: Die neoliberale Globalisierung habe ökonomische Verlierer geschaffen, die nun der nationalistischen Rhetorik der Populisten auf den Leim gingen. Aber das Realeinkommen in der Region hat sich in den letzten zwanzig Jahren verdoppelt. Die meisten osteuropäischen Länder profitieren von milliardenschweren Transferleistungen der EU. War es dann der Druck, sich westlichen Normen und Regeln anzupassen, der eine Art antiliberale Trotzreaktion auslöste, wie der bulgarische Politologe Ivan Krastev kürzlich argumentierte?

Vielleicht gibt es aber noch eine einfachere Erklärung für die gegenwärtige Krise der liberalen

Demokratie in Osteuropa: nämlich die, dass eine affirmative Haltung zu ihr dort noch nie weit verbreitet war. Die Diskussionen um den 30. Jahrestag von «1989» offenbarten einen Grund, warum Liberale in West und Ost diese schlichte Erkenntnis oft ausblendeten: Die Symbolik des Mauerfalls und die Rhetorik von Freiheit und friedlicher Revolution suggerierten den finalen Triumph einer allseits ersehnten liberalen Demokratie.

Aber weder vor 1989 noch danach war liberales Gedankengut in Osteuropa jemals dominant. Verdeckt vom liberalen Mythos von «1989», waren religiöser Konservatismus und oft fremdenfeindlicher Nationalismus und Antisemitismus auch starke Strömungen der Wendezeit, nicht erst eine Reaktion auf den «Neoliberalismus» der 1990er und frühen 2000er Jahre.

In einem Punkt haben die osteuropäischen Populisten daher nicht ganz unrecht: Dass die meisten ehemals staatssozialistischen Länder ab 1989 einen liberalen, also parlamentarisch-rechtsstaatlichen und marktwirtschaftlichen Weg einschlugen, war in der Tat Resultat eines Kompromisses von reformkommunistischen Eliten und kleinen Gruppen von Dissidenten. Andere populäre Entwicklungsvorstellungen, autoritär-nationalistische wie reformsozialistische, wurden beiseite gedrängt.

Diese nichtliberalen Strömungen waren aber auch in den 1990er und 2000er Jahren stets weiter präsent; eine umfassende Fundamentalliberalisierung breiter Gesellschaftsschichten blieb aus. Heute schöpfen Populisten politisches Kapital aus einer Erzählung vom Verrat am Volk, in der sich zahlreiche Bevölkerungsteile und ideelle Strömungen wiederfinden, die 1989 ausgegrenzt wurden.

Der liberale Mythos von «1989» dagegen besagt, dass die nach politischer und wirtschaftlicher Freiheit strebenden osteuropäischen Bevölkerungen den autoritären Kommunismus zu Fall brachten. Doch ein so definierter Liberalismus war nicht die Ursache für die Wende. Bis spät in die 1980er Jahre gab es keine politisch wirkmächtige Gruppe zwischen Ost-Berlin und Wladiwostok und von Tallinn bis Skopje, die sich für einen westlich geprägten marktwirtschaftlichen Parlamentarismus einsetzte.

Das galt offensichtlich für die kommunistische Nomenklatura: Zwar orientierten sich die politischen Eliten in Osteuropa seit den 1970er Jahren wieder Richtung Westeuropa – die polnischen, ungarischen und jugoslawischen und ab Ende der 1980er Jahre auch die sowjetischen und bulgarischen Staatsparteien liessen auch marktwirtschaftliche Elemente zu – , aber freie Wahlen hatten sie alle nicht im Sinn. Auch Gorbatschow, dessen Reformen in der Sowjetunion der entscheidende Auslöser des gesamten Umbruchs waren, wollte die Demokratisierung des Sozialismus, nicht dessen Abschaffung. Die im Westen vielbeachteten Dissidenten waren ebenfalls bis kurz vor Schluss keine Verfechter einer konsequenten Verwestlichung ihrer Länder. Viele intellektuelle Dissidenten vertraten – auch unter Linken im Westen der 1970er Jahre populäre – Vorstellungen einer Konvergenz von Ost und West. Dass sich dennoch die Vorstellung verbreitete, liberale Ideen hätten den Kommunismus besiegt, dazu trugen auch einige der osteuropäischen Eliten nach 1989 tatkräftig bei. Viele Ökonomen etwa inszenierten sich nach 1989 als Milton-Friedman-inspirierte Wegbereiter der liberalen Demokratie. Doch wenig deutet darauf hin, dass sie schon vor dem Kollaps so dachten.

Das beliebte Motiv vom heroischen Kampf liberaler Dissidenten und freiheitsliebender Bürger

gegen einen repressiven Staatsapparat hat also davon abgelenkt, dass «1989» kein liberaler Triumph war, sondern eine aus Verhandlungen hervorgegangene Kompromisslösung. Mit Gorbatschows immer umfassenderen Reformen in der Sowjetunion konnten sich die osteuropäischen kommunistischen Regime nicht mehr auf bedingungslose Unterstützung aus Moskau verlassen und suchten daraufhin nach Wegen, ihre Herrschaft zu sichern.

Ab 1988 zeigte sich Wojciech Jaruzelski bereit, mit Solidarność zu verhandeln; zur gleichen Zeit begann ein reformbereiter Flügel der Sozialistischen Arbeiterpartei in Ungarn Diskussionen mit Oppositionellen, die letztlich zur Gründung neuer Parteien führten.

Elitengeführte Transition?

Wo die Machthaber sich Reformen widersetzen, wurden sie von der eigenen Partei gestürzt, wie in Bulgarien und Rumänien, aber auch in der DDR, wo Egon Krenz den Begriff Wende prägte, nachdem er Generalsekretär Erich Honecker ersetzt hatte. Druck von der Strasse beschleunigte gelegentlich den Reformeifer an der Spitze, aber die friedlichen Massendemonstrationen in Leipzig, Berlin, Prag, Sofia und Bukarest im Spätherbst 1989 waren das Ergebnis, nicht der Ursprung dieser politischen Veränderungen in der Sowjetunion und Osteuropa.

Warum kam es aber dann zum liberalen Kompromiss, der die Jahre nach 1989 prägte? Das Hauptaugenmerk der Dissidenten lag auf der Demokratie; das der meisten Menschen auf verbessertem Lebensstandard und auf Reisefreiheit. Die kommunistischen Eliten waren wahrscheinlich nicht völlig vom Glauben abgefallen und nur an ihrem privaten Konsum interessiert, wie der amerikanische Historiker Stephen Kotkin meinte. Aber die Einsicht, dass grundsätzliche, vor allem wirtschaftliche Reformen unvermeidbar waren, hatte sich bei den meisten durchgesetzt.

Viele führende Parteimitglieder zeigten sich nun für alle Entwicklungspfade offen, die ihnen selber eine Zukunft in Wohlstand und Freiheit erlaubten. Dass ein solcher Übergang mit der Zulassung freier Wahlen möglich war, zeigten die von oben orchestrierten Übergänge vom Autoritarismus zur liberalen Demokratie in Spanien und Südamerika, wo in den 15 Jahren zuvor die alten Eliten der Militärdiktaturen ebenfalls (zunächst) unbehelligt ihren Status und ihre wirtschaftlichen Privilegien über den Umbruch retten können – der spanische Begriff der «transición» fand so Eingang in den (ost-)europäischen Sprachgebrauch.

«Rückkehr nach Europa»

Ebenfalls eine wichtige Rolle in der Entscheidung für den «liberalen Kompromiss» des Jahres 1989 und der Folgejahre spielte das Vorbild des zu Wohlstand gekommenen Westeuropas und die Perspektive eines Beitritts zur Europäischen Gemeinschaft, die mit politischen Konditionen verknüpft war. Die auf diese Weise mit sanftem Imperialismus unterstützte, aber bereits seit den 1970er Jahren anlaufende «Europäisierung» Osteuropas war aber ein zweiseitiges Schwert.

Auf der einen Seite war das im Zuge der Détente abgebaute Feinddenken gegenüber dem lange für aggressiv gehaltenen Westen entscheidend für die Kompromissbereitschaft der kommunistischen Eliten Ende der 1980er Jahre. Auch spielte ein gewisser zivilisatorischer

Überlegenheitsdünkel eine Rolle, warum sich im Herbst 1989 viele (wenn auch bei weitem nicht alle) gegen eine gewaltsame «chinesische Lösung» nach Vorbild des Tiananmen-Massakers aussprachen.

Die Schaffung eines «europäischen Hauses», wie sie Gorbatschow schon Anfang der 1980er Jahre angeregt hatte, und die von osteuropäischen Intellektuellen geforderte «Rückkehr nach Europa» hatten aber auch ihre Schattenseite: Mit der Abkehr der Eliten vom sozialistischen Internationalismus stieg in der Region in den 1980er Jahren auch wieder die Akzeptanz eines ethnisch definierten Nationalismus. Fälle rassistisch motivierter Gewalt etwa gegen afrikanische Studenten und asiatische Vertragsarbeiter häuften sich. In Bulgarien erreichte die Diskriminierung von autochthonen Muslimen 1989 einen Höhepunkt, woraufhin 350 000 in die Türkei flohen; kurz nach der Wende kam es zu einer Welle offen fremdenfeindlicher Gewalt in Ostdeutschland und antiziganistischer Pogrome in ganz Osteuropa.

Die über die 1990er und 2000er Jahre aufrechterhaltene Vorstellung eines ethnisch und religiös definierten Europa ist auch ein entscheidender Faktor für den Aufstieg der antiliberalen Populisten in den letzten zehn Jahren. Hinzu kommt die Angst vor einer demografischen Katastrophe durch Emigration und niedrige Geburtenraten: Aus Rumänien ist seit Ende der 1990er Jahre ein Drittel der arbeitsfähigen Bevölkerung emigriert. Lettland hat seit dem EU-Beitritt 2004 ein Fünftel der Bevölkerung verloren. Die Uno verlieh Bulgarien den Titel des am schnellsten schrumpfenden Landes der Welt und prognostizierte, dass bis Ende des 21. Jahrhunderts nur noch ein gutes Drittel der Bevölkerungszahl von 1989 im Land verbleibt.

Während der gegenwärtige ethnische Nationalismus in Osteuropa auf eine lange Tradition zurückblickt, die auch die Zeit des Spätsozialismus umfasst, war der liberale Mythos des demokratischen Aufbruchs selber ein Ergebnis des politischen Umbruchs von 1989. Der Begriff der friedlichen Revolution, den während der Ereignisse niemand im Mund führte, fand nach der Wende weite Verbreitung. Aber hinter der Fassade des vermeintlichen liberalen Triumphs gab es bereits offensichtliche Indikatoren für eine mangelnde Begeisterung für das neue politische System. An den ersten nun völlig freien Parlamentswahlen in Polen 1991 nahm nicht einmal die Hälfte der Wahlberechtigten teil; auch in Ungarn waren im Vorjahr gerade einmal 45 Prozent zur letzten Runde gegangen.

Die im Westen gefeierten Transitionshelden führen bei späteren Wahlen desaströse Ergebnisse ein: Gorbatschow brachte es bei den russischen Präsidentschaftswahlen 1996 auf bemerkenswert tiefe 0,51 Prozent der Stimmen; Wałęsa verlor schon 1995 gegen den ehemaligen jungen Kaderkommunisten Alexander Kwasniewski – und erhielt bei seinem nächsten Antritt im Jahr 2000 gerade noch 1,01 Prozent. Nationalistische Gruppierungen und populistische Parteien behielten dagegen in den meisten osteuropäischen Ländern über die 1990er und frühen 2000er Jahre hinweg ihren Einfluss.

Viele ideologische Altlasten

Der zunehmende Erfolg von Anti-Establishment-Politikern fast überall in der westlichen Welt zeigt, dass der gegenwärtige Populismus kein genuin osteuropäisches Phänomen ist. Aber an Radikalität und Popularität stechen Antiliberaler in den Ländern heraus, die mit den Hinterlassenschaften des Staatssozialismus belastet sind – inklusive Ostdeutschlands, wo sich

in vielen Regionen der antiliberalen, völkische Flügel der AfD als stärkste politische Kraft etabliert hat. Unterstützung erhält er von einigen ehemaligen DDR-Bürgerrechtlern, die sich, ähnlich wie viele Osteuropäer, 1989 vom liberalen Kompromiss ausgeschlossen fühlten und ihren Opferstatus und ihre politischen Visionen in der vereinigten Bundesrepublik nicht hinreichend anerkannt sehen.

Bei aller antikommunistischen Rhetorik setzen Osteuropas Populisten aber in vieler Hinsicht antiliberalen Traditionen des Spätsozialismus fort, oft auch mit ehemaligen kommunistischen Eliten im Staats- und Parteiapparat. Dieses scheinbare Paradox hat historische Fluchtlinien: Wenn es etwas gibt, was den kulturell heterogenen Raum von Estland bis Mazedonien definiert, dann ist es ein Selbstverständnis als «dazwischen» und ein historisches Changieren der lokalen Eliten, seien sie Nationalisten oder Kommunisten, zwischen Anlehnung an den Westen und seiner Ablehnung. Nach einem Vierteljahrhundert Westorientierung sind viele der jetzigen Machthaber wieder auf Distanz gegangen.

Ähnlich wie die kommunistischen Eliten der 1950er und 1960er Jahre nehmen die heutigen Populisten Anstoß an der vermeintlichen Degradierung Osteuropas zum kulturellen und wirtschaftlichen Hinterhof Westeuropas und vor allem Deutschlands. So, wie die Kommunisten dem kapitalistischen Westen die Schuld für die Unterentwicklung des Ostens gaben und stattdessen antiimperialistische Bündnisse mit der Dritten Welt schmiedeten, so orientieren sich die Populisten heute auch hin zu illiberalen Staaten und Regimen der nichtwestlichen Welt.

Die teilweise wieder staatlich gelenkten Massenmedien präsentieren wie vor 1989 den liberal-dekadenten Westen als kurz vor dem Untergang und in der Hand kosmopolitischer Finanzkapitalisten. Dem entgegengeworfen wird in Ungarn und Polen eine fürsorgliche nationale Familienpolitik, die zwar kaum zu finanzieren ist, aber der im Sozialismus genährten Erwartungshaltung vieler Menschen gegenüber dem Staat entspricht. Diese egalitäre Sozialisierung führte auch zu weitverbreiteter Unzufriedenheit über die viel größeren Einkommensunterschiede, trotz dem flächendeckend seit 1989 gestiegenen Lebensstandard.

Laut einer 2017 veröffentlichten Umfrage des amerikanischen Pew Center sind 72 Prozent aller Ungarn davon überzeugt, dass sie heute ärmer sind als vor 1989. Eine solche verbreitete Verklärung der sozialistischen Vergangenheit geht Hand in Hand mit einer Ablehnung gegenwärtiger liberaler Institutionen: In der gleichen Umfrage zeigte sich, dass nur 47 Prozent der Polen, 48 Prozent der Ungarn, 39 Prozent der Bulgaren, 34 Prozent der Letten und gerade einmal 25 Prozent der Serben die nach 1989 geschaffene Demokratie für die bestmögliche Regierungsform halten.

Umkämpfte Erinnerung

Das Ende des Staatssozialismus 1989 war also nicht so sehr eine umfassende Korrektur eines historischen Irrtums und die Rückkehr Osteuropas zur liberalen Normalität, wie es lange im Westen und unter liberalen Osteuropäern gesehen wurde. «1989» war ein Moment der Westorientierung der Eliten von Ländern, die kaum oder keine Erfahrung mit der liberalen Demokratie hatten und deren Gesellschaften das neue System nie bedingungslos stützten.

Angesichts des weltweiten Aufstiegs völkischer Populisten sollte man dennoch Aussagen

über einen neuen Ost-West-Konflikt mit Vorsicht begegnen. Die Konfliktlinien verlaufen entlang ideologischer mehr denn geografischer Trennlinien. Die Populisten im Osten sehen sich als Speerspitze eines traditionellen Gesamteuropa, nicht als dessen Widersacher. Populisten im Westen haben ebenfalls grossen Zulauf – und pflegen meist gute Kontakte nach Moskau, Warschau und Budapest. Gleichzeitig hat sich eine veritable Protestwelle in Osteuropa aufgebaut, wo einflussreiche Minderheiten in ihrem Widerstand gegen die illiberalen Populisten oft das progressive Erbe von «1989» bemühen.

Ohne Unterstützung der nationalen Regierung ist der 30. Jahrestag der ersten halbfreien Wahlen in Polen am 4. Juni mit grossen Feiern in den liberalen Grossstädten des Landes begangen worden. In Bukarest halten Demonstranten gegen die linkspopulistische Regierung die Erinnerung an die Revolte gegen Nicolae Ceaușescu hoch. In der Slowakei haben einstige Aktivisten von 1989 die Symbolik der Samtenen Revolution wiederentdeckt und verwenden sie in Demonstrationen gegen die Regierung. Russische Journalisten, die kürzlich gegen die willkürliche Verhaftung ihres Kollegen Iwan Golunow protestierten, taten das am 12. Juni, dem Tag der Unabhängigkeit Russlands von der Sowjetunion.

Anknüpfungspunkte

In Tschechien hat Ende Juni die grösste Demonstration seit dem Ende des Kommunismus den Rücktritt von Babiš gefordert; es laufen die Vorbereitungen für eine Massenkundgebung gegen seine Regierung am 16. November – dem 30. Jahrestag der ersten grossen Demonstration in Prag 1989.

Der liberale Mythos von «1989» als friedlicher Revolution nach Freiheit und liberalen Institutionen strebender Menschen mag historisch nicht ganz korrekt sein – bietet heute aber einen Anknüpfungspunkt für antipopulistischen Protest und vielleicht auch ein Narrativ, das langfristig mehr Menschen in Osteuropa davon überzeugen könnte, sich mit der nach 1989 errichteten politischen Ordnung zu identifizieren.

Tobias Rupprecht

ist Historiker an der Universität Exeter in Grossbritannien. Gerade ist von ihm zusammen mit Bogdan Iacob, James Mark und Ljubica Spaskovska auf Englisch bei Cambridge University Press erschienen: ««1989». A Global History of Eastern Europe».